

Gemeinsamer Antrag Nr. 04

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Alternativen, Grünen und Unabhängigen Gewerkschafter:innen,

an die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. Mai 2022

JUGEND VERDIENT RESPEKT – JUGENDRESPEKTPAKET JETZT RASCH UMSETZEN

Junge Menschen bangen um die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Anliegen und die gebührende Einbindung in demokratische Prozesse. Durch demographische Entwicklungen entsteht ein altersmäßiges Ungleichgewicht in der Bevölkerung, daher ist das politische System mitunter anfällig, nachteilige Weichenstellungen für die heute Jüngeren zu treffen. Ungleichheit und Ausgrenzungserfahrungen der Jungen führen zu politischer Ohnmacht. Junge Menschen wenden sich von der Demokratie ab. Die Jugendstudie „Generation Corona ...!“ zeigt, dass 74 Prozent der 16- bis 25-Jährigen sich von der Politik nicht gehört fühlen, unter den Lehrlingen fühlen sich 79 Prozent von der Politik ignoriert. Die Entfremdung zwischen Menschen und ihren politischen Institutionen beschränkt sich nicht auf Junge. Jedoch empfinden junge Personen eine größere Distanz, beteiligen sich seltener an demokratischen Prozessen und das wiederum prägt sie nachhaltig in ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

Negative Ausgrenzungserfahrungen können sehr früh und im Kleinen beginnen, beispielsweise bei Schüler:innen in abgegrenzten Deutschförderklassen. Sie zeigen sich ebenso entlang lebenslanger sozialer und ökonomischer Benachteiligung. Personen, deren Verdienst im obersten Drittel rangiert nehmen häufiger an Wahlen teil als Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, geringe Bildungsabschlüsse haben oder Zugehörigkeit zu einem Beruf mit geringem Prestige aufweisen. Dadurch ist das finanziell schwächste Drittel in der repräsentativen Demokratie weniger stark vertreten. Der Demokratiemonitor (2021) zeigt, dass junge Menschen ein immer geringer werdendes Vertrauen in Demokratie und die österreichische Politik haben.

Corona als Krisenverstärker

Jugendliche und junge Erwachsene sind von den Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen. Mit den Lockdowns wurden sie aus ihrer gewohnten Tagesstruktur gerissen. Homeschooling, stark eingeeengte soziale Kontakte und eingeschränkte Freizeitaktivitäten führten zum Verlust jugendlicher Autonomie, zu Einsamkeit, psychischen Belastungen wie depressiven Verstimmungen, Schlaflosigkeit und Niedergeschlagenheit. Die Pandemie hat viele bestehende Belastungen im Bildungs- und Ausbildungssystem sowie in der Arbeitswelt verstärkt. Der Druck und die Unsicherheit sind weiter gestiegen. Ungleichheiten wurden verstärkt. 80 Prozent der Lehrlinge meint, die Ungleichheit in Österreich würde zunehmen, bereits jetzt sehen ein Drittel sorgenvoll und mit großer Unsicherheit in die Zukunft. Tatsächlich wird es für junge Menschen immer schwieriger ein Auskommen mit dem Einkommen zu finden, – vor allem im Zusammenspiel mit explodierenden Energiepreisen und Wohnkosten. Anstatt den Jugendlichen Respekt und Wertschätzung entgegenzubringen, wurden ihre Probleme und Anliegen in der Öffentlichkeit und von der Politik kaum gehört. Im Gegenteil: Jugendliche wurden während der Krise fallweise zu Sündenböcken hochstilisiert. Ihre Bedürfnisse und Ausbildung wurden von der Politik nicht annähernd so wahrgenommen, wie es wichtig gewesen wäre.

Junge Menschen und ihre Familien, die sich schon vor Corona in einer finanziell schwierigen Lage befunden haben, wurden am stärksten von der Pandemie und ihren wirtschaftlichen Konsequenzen getroffen. Wer arbeitslos wurde, musste, wenn überhaupt vorhanden, oft seine Ersparnisse aufbrauchen, um die Ausgaben des täglichen Lebens finanzieren zu können. Die vergleichsweise niedrigen Leistungen aus

Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe/Mindestsicherung konnten das nicht verhindern. Auch die von der Bundesregierung beschlossenen Einmalzahlungen in der Arbeitslosenversicherung haben keine nachhaltige Verbesserung gebracht. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass die während der Pandemie entstandenen öffentlichen Defizite mittelfristig über Leistungskürzung bei den öffentlichen Leistungen abgebaut werden. Das würde finanziell benachteiligte junge Menschen und ihre Familien besonders stark treffen.

Die Zukunft der Jüngeren und die Zukunft der Pensionen bzw. des Sozialstaats insgesamt entscheiden sich am selben Ort: am Arbeitsmarkt. Nur wenn die heute Jüngeren gute Ausbildungs- und Erwerbschancen vorfinden und gute Einkommen erzielen, können sie – wie die Älteren heute – auf eine gute soziale Absicherung vertrauen.

Ausgrenzung entsteht nicht nur am Arbeitsmarkt. Für Teile der Bevölkerung ist demokratische Teilhabe trotz Arbeitsmarktintegration keine Selbstverständlichkeit. Häufig fehlt sogar die Möglichkeit an Wahlen teilzunehmen. 30 Prozent der Wiener:innen im wahlfähigen Alter haben nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, darunter sind viele junge Menschen, die bereits hier geboren und in die Schule gegangen sind. Von der halben Million nicht wahlberechtigter Wiener:innen sind 72.000 zwischen 16 und 24 Jahren alt. Junge Menschen, die in Österreich geboren wurden und trotzdem kein Wahlrecht besitzen, sind schon früh mit dem Gefühl konfrontiert, nicht dazuzugehören und von der Mitbestimmung ausgeschlossen zu sein. Sie werden früh geprägt, sie lernen, dass Wahlen nichts für sie sind und drohen sich von der Demokratie und dem politischen System insgesamt abzuwenden.

Das österreichische Einbürgerungsrecht folgt dem Prinzip „*ius sanguinis*“: Die Staatsbürgerschaft leitet sich grundsätzlich von den Eltern ab. Erforderlich für die Einbürgerung ist ein zehnjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Österreich, wobei davon zumindest fünf Jahre Lebensmittelpunkt in Österreich nachzuweisen sind. Besonders problematisch sind einerseits die Einkommenshürde, sowie insgesamt hohe Gesamtkosten: Das Gesetz verlangt feste und regelmäßige Einkünfte in Höhe des Ausgleichszulagen-Richtsatzes (2022: EUR 1.030,49 für Einzelpersonen). Dieser Betrag muss nach Abzug von Wohnkosten und sonstigen regelmäßigen Aufwendungen wie Kreditrückzahlungen monatlich netto zur Verfügung stehen. Erhebungen zeigen, dass zwischen einem Viertel und einem Drittel der Österreicher:innen die österreichische Staatsbürgerschaft unter diesen Auflagen nicht erreichen könnte. Hinzu kommen die erheblichen Bundes- und Landesgebühren, die bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft anfallen. Bei einer Familie betragen die Gesamtkosten schnell einige Tausend Euro. Andererseits sind Behörden angehalten, bereits Verwaltungsübertretungen und kurze Auslandsaufenthalte als Unterbrechungsgrund des Verfahrens zu werten. Berichte aus der Praxis zeigen, die Verwaltungsverfahren dauern sehr lange und sind mit einem erheblichen Aufwand für die Antragsteller:innen verbunden.

Kinder und Jugendliche sind bis zu ihrem 18. Lebensjahr vom Aufenthaltstitel ihrer Eltern abhängig. Nachdem sie die Volljährigkeit erreicht haben, müssen junge Menschen oben genannte Nachweise selbstständig erbringen. Nur 7 aus 1000 bezugsberechtigten Wiener:innen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind in der Lage oben genannte Kriterien zu erfüllen. Bereits 40 Prozent der 16- bis 40-Jährigen in Wien besitzen daher nicht die österreichische Staatsbürgerschaft.

Integration endet nicht mit der Erteilung der Staatsbürgerschaft, ganz im Gegenteil. Studien machen deutlich, dass rascherer und leichter Zugang zur Staatsbürgerschaft wie ein – gesamtgesellschaftlicher – Integrationsmotor wirkt. Sie bietet die Möglichkeit einer effektiven Teilhabe und führt zum Schutz von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und in vielen weiteren gesellschaftlichen Bereichen. Sie führt auch zu einer besseren Repräsentanz der Anliegen etwa zugewanderter Arbeiter:innen im gesamten politischen Prozess. Eine Reform des heimischen Staatsbürgerschaftsrechts ist daher notwendig.

Zukunftsherausforderungen

Vor diesem Hintergrund nimmt das Vertrauen von jungen Menschen in die Demokratie und politische und sozialstaatliche Institutionen kontinuierlich ab. Junge Menschen verlieren das Vertrauen, weil Zukunftsfragen nicht ausreichend und nicht mit ihnen gemeinsam verhandelt werden.

Um uns den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gemeinsam zu stellen, sind dringend bessere Teilhabestrategien notwendig. Junge Menschen haben sich die Unterstützung von der Politik und Gesellschaft und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten verdient. Das fängt bei den besten Bildungs- und Ausbildungschancen an und führt zu umfassenden demokratischen Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Teilhabe von jungen Menschen muss verstärkt ermöglicht werden, Demokratie muss für sie erlebbar und spürbar gemacht werden. Denn es ist ihre Zukunft, die hier zur Diskussion steht und sie sind es, die ihre eigene Zukunft gestalten sollen!

Die AK Wien nimmt als Sprachrohr der jungen Arbeitnehmer:innen ihre Verantwortung wahr dieser gesellschafts- und sozialpolitischen Schieflage entgegenzutreten.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf, ein umfassendes Jugendrespektpaket umzusetzen, das folgende Punkte beinhaltet:

Beteiligung und Respekt für die Jungen

Soziale Teilhabe muss durch Anerkennung und Respekt gefördert werden. Positive demokratische Alltagserfahrungen, aber auch wertschätzende, inklusive Behandlung durch staatliche Institutionen erhöhen die Chance, sich an politischen Prozessen zu beteiligen.

- In Schule und Universitäten, Lehrbetrieben und der Arbeitswelt sowie in sozialstaatlichen Einrichtungen müssen Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen und ausgebaut werden.
- Ausbau und Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler durch z.B. Aufwertung des Schulgemeinschaftsausschusses.
- Öffentliche Serviceeinrichtungen sollten eigene Anlaufstellen für junge Kund:innen schaffen.
- Strukturelle demokratischen Schieflagen müssen soweit möglich behoben werden, indem ein breiter Zugang zu demokratischer Willensbildung und Gesetzgebungsprozesses durch gewählte Vertreter:innen wie beispielsweise der Bundesjugendvertretung, Schulvertreter:innen sowie der Gewerkschaftsjugend sichergestellt werden.
- ökonomische Umverteilung und die Möglichkeit für existenzsichernde Erwerbsarbeit muss eine Priorität der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik sein.

Bildungsgerechtigkeit herstellen

- Umfassende Initiative zur Dämpfung der Corona Folgen. Um Bildungslücken zu schließen und vielfältige Freizeit- und Gemeinschaftserlebnisse in der Schule zu ermöglichen, soll ausreichend Zeit zur Verfügung stehen und umfassende Ressourcen geschaffen werden.
- Ausbau des Jugendcoachings, um Jugendliche noch besser und lückenloser erreichen und individuell betreuen zu können, vor allem am Übergang von Schule in den Beruf.
- Evaluierung der bereits existierenden niederschweligen Ausbildungsangebote und ihre Weiterentwicklung unter Einbeziehung der jungen Teilnehmer:innen.
- Ausbau des berufsbegleitenden Studienangebots, besonders an öffentlichen Universitäten.
- Erhöhung der Studienbeihilfen und Anpassung an die Inflation. Zudem Anhebung der Altersgrenzen für den Bezug.
- Einführung des AK-Sprachschlüssel anstelle der segregierenden Deutschförderung in getrennten Deutschförderklassen.

- Etablierung eines eigenständigen Angebots zur Politischen Bildung in allen Schulstufen und Schulformen unter Einbindung der Interessenvertretungen, sowie einen deutlichen Ausbau von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten der Politischen Bildung für alle Lehrkräfte.

Psychische Gesundheit

- Vollfinanzierte Psychotherapie für Jugendliche und ausreichende Plätze für die notwendige psychosoziale Versorgung.
- Ausbau der niederschweligen Angebote bei psychosozialer Beratung für Kinder und Jugendliche und Eltern.
- Forcierung und Förderung von psychosozialer Beratung in Berufsschulen und Lehrbetrieben.

Armutsbekämpfung

Das von der AK ausgearbeitete Paket zur Bekämpfung von Kinderarmut kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Benachteiligung von finanziell benachteiligten Jugendlichen und ihrer Familien zu reduzieren. Neben gerechter Entlohnung und fairen Arbeitsbedingungen zur Sicherung der Lebensgrundlage für alle Familien, sind folgende Punkte besonders wichtig:

- Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70 %.
- Unterhaltsgarantie: Unterhaltsvorschuss, wenn Unterhaltszahlungen ganz oder teilweise ausfallen.
- Verbesserungen in der Sozialhilfe/Mindestsicherung: Rücknahme der 2019 beschlossenen Verschlechterungen, Anhebung der Richtsätze.
- Schüler:innenbeihilfe: Anhebung der Leistung und Einkommensgrenzen, Einbeziehung der 9. Schulstufe.
- Lücken beim Zugang zu Familienleistungen schließen (Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld).
- Ausweitung des Schulstartgeldes (über das 15. Lebensjahr hinausgehend).
- Gleichstellung der Jugendlichen in der überbetrieblichen Ausbildung mit betrieblichen Lehrlingen beim Lehrlingseinkommen und den Sonderzahlungen des jeweiligen Lehrberufs

Faires Recht auf die Staatsbürgerschaft - Faire Beteiligung junger Menschen bei den Entscheidungen, die sie in der Zukunft betreffen

- Im Inland geborene Kinder sollen die Staatsbürgerschaft nach 5 Jahren erhalten können, wenn sich zumindest ein Elternteil rechtmäßig im Inland aufhält. Das Merkmal der Geburt im Inland soll auch dadurch ersetzt werden können, dass Kinder, die Hälfte ihrer Schulpflicht in Österreich absolviert haben.
- Verfahrensbeschleunigung: Die Verfahren dauern oftmals monatelang, manche jahrelang. Ursache dafür sind einerseits eine mangelhafte Ausstattung der zuständigen Behörden mit entsprechend qualifiziertem Personal, andererseits an der schikanösen Ausgestaltung der Gesetzeslage. Die zuständigen Behörden sind zu verpflichten, über einen Antrag auf Staatsbürgerschaft längstens innerhalb der im Allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht vorgesehenen sechsmonatigen Frist zu entscheiden und transparent über den Verlauf des Verfahrens zu informieren.
- Senkung der Verfahrenskosten: Im Laufe des Verfahrens fallen sowohl Landesverwaltungsabgaben als auch Bundesgebühren an. Für eine Familie mit Kind sind je nach Bundesland mit bis zu EUR 3.000,- an Kosten zu rechnen. Darüber hinaus fallen Kosten für Übersetzungen, Beglaubigungen, Deutschkurse und Prüfungen sowie teilweise erhebliche Kosten für den Verzicht auf die ehemalige Staatsbürgerschaft an. Diese Verwaltungsgebühren sind deutlich zu kürzen sowie österreichweit zu vereinheitlichen.

Zukunftsperspektiven und Chancen für Junge sichern

- Entscheidende Zukunftsfragen zur Absicherung des Sozialstaates auch für junge Generationen, zur Klimakatastrophe, aber auch zu Fragen und Perspektiven eines zukunftsfähigen politischen Systems müssen mit jungen Menschen verhandelt werden.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Jugendrat einzurichten, dieser soll sich entlang eines Querschnitts der jungen, in Österreich lebenden Menschen zusammensetzen. In einem partizipativen Prozess sollen mit dem Jugendrat relevante Zukunftsthemen diskutiert und gemeinsam Maßnahmen besonders in kontroversiellen und komplexen Themengebieten erarbeitet werden.
- Öffentliche Institutionen wie das AMS, die Sozialversicherung, der ORF, die ÖBB und andere sollen dazu aufgefordert werden neue, für ihr Tätigkeitsfeld schlüssige Beteiligungsformate zu entwickeln und umzusetzen. Diese sollen die Einbindung von jungen Menschen fördern und institutionelle Öffnung und Anbindung verstärken.
- Jugendvertrauensräte gilt es ebenfalls institutionell zu stärken. Indem die Bildungsfreistellung für die Mitglieder des Jugendvertrauensrates von derzeit zwei auf drei Wochen angehoben wird.
- Durch Schaffen eines Anspruchs auf Bildungsfreistellung, auch für die Ersatzmitglieder des Jugendvertrauensrates.
- Einführung einer Bildungsfreistellung von drei Wochen für Vertrauensräte in der überbetrieblichen Ausbildung.
- Das gesetzliche Mindestalter bei Betriebsratswahlen sollte ebenfalls entfallen, um die demokratische Mitbestimmung aller jungen Beschäftigten zu stärken.

Leistbares Wohnen für junge Menschen absichern

Stark steigende Mieten und befristete Mietverträge sind besonders für junge Menschen problematisch, da diese im Durchschnitt weniger verdienen.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine längst überfällige, umfangreiche Reform des Mietrechts vorzulegen. Das Mietrechtsgesetz soll verständlicher und einfacher anzuwenden sein und taugliche Mietenbegrenzungen enthalten.
- Abschaffung von befristeten Mietverträgen: Immobilienkonzerne, Versicherungen und andere große Wohnungsbesitzer:innen sollen zukünftig nur mehr unbefristet vermieten dürfen. Privatpersonen sollen hingegen eine Wohnung befristet vermieten dürfen.
- Startwohnungen: Auf kommunaler Ebene soll besonders auf junge Menschen geachtet werden. So soll beispielsweise bei Neubauten ein fixer Prozentsatz als Startwohnung besonders günstig für junge Menschen bereit gestellt werden.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
------------------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------------------